

Arbeitsplätze – Gerhard Schröders Weg zur Rettung Holzmanns ist der falsche Kurs. Heft 49/1999

Kanzleraktion regt zum Nachdenken an

Stolz verkündet Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Wir haben es geschafft! Nun liegt eine Menge Arbeit vor euch.“ Dies kann jedoch nur die eine Seite der Medaille sein. Es ist zwar jedem zu gönnen, daß sein Arbeitsplatz erhalten bleibt. Die Freude derer, die nun weiter arbeiten dürfen, scheint ungebrochen. Das Bundeskanzler-Machtwort an die Banken jedoch geht meines Erachtens einen Schritt zu weit. Wo bleibt hier der Gleichbehandlungsgrundsatz?! Ist dies nicht schon der Anfang einer diktatorischen Staatswirtschaft. Darf nunmehr jeder Unternehmer wohlwollend den Bundeskanzler bemühen? Was ist, wenn die Geldspritze für den Holzmann-Konzern nun doch nicht ausreicht? Wer kümmert sich seitens unserer Regierung um den Mittelstand, den Leistungsträger unseres Landes? Fragen über Fragen. Nur, wo bleiben die Antworten? Angesichts der beispielsweise vielen arbeitslosen ehemaligen Leuna-Werker oder Kohlekumpel aus den neuen Bundesländern regt die Kanzleraktion zum Nachdenken an. Jedenfalls scheint nun guter Rat teuer.

Reinhard Klöppel, Eibenstock (Sachsen)

Die Realität wird alle einholen

Auf Verlangen der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz wurde Holzmann 1998 detailliert geprüft. Fazit: Fehlbetrag 2,4 Milliarden Mark und somit finanzielle Schieflage über Jahre – von Banken und Industriebossen unbemerkt? Nachdem die an Holzmann beteiligten Banken an einer Sanierungsfähigkeit zweifelten und keine finanziellen Mittel mehr zuschießen wollten, kommt Gerhard Schröder und läutet unter viel Beifall das „Happy-End“ ein, das es eigentlich nur im Film geben kann. Die zweifelhafte



Sanierung erfolgt erneut zweckentfremdet und ungestraft aus Kassen, die der deutsche Steuerzahler alimentiert! Die Realität wird alle Beteiligten – selbstverständlich bei vollen Bezügen – einholen! Wann steht die nächste Sanierung mit Schröder-Einsatz und Steuergeldern an?

Hugo Jung, Willstätt (Baden-Württemberg)

Holzmann – Ursache für den Niedergang des Baukonzerns: schlechte Personalpolitik. Heft 48/1999

Politik mißtraut dem Wettbewerb

Die deutsche Wirtschaftspolitik hat es wieder einmal bewiesen: Mehr denn je mißtraut sie dem Wettbewerb. Wann immer in Deutschland wirtschaftliche Schwierigkeiten auftauchen, ertönt der Ruf nach dem Staat. Mit sozialer Marktwirtschaft hat das nichts zu tun. Vielmehr fühlt man sich an die unselige interventionistische Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik erinnert. Staatliche Erhaltungs- und Förderungssubventionen sowie Kreditbürgschaften sollten damals den Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Wie nicht anders zu erwarten, gingen die dafür nöti-

gen Aufwendungen über die Zeit nicht zurück, sondern nahmen ständig zu. Man befand sich auf einem wirtschaftspolitischen Pfad, der zwar die Gewinne der Unternehmer privatisierte, deren Verluste aber sozialisierte. Das Dilemma der Staatsinterventionen ist, daß sie ständig weitere Interventionen nach sich ziehen. Die Bundesregierung steht so ab sofort in Erklärungsnot, warum sie bei Holzmann einspringt und zum Beispiel bei einem in Schwierigkeiten geratenen Mittelständler nicht. Solche Mechanismen unterhöheln den Leistungswettbewerb als Fundament der sozialen Marktwirtschaft.

Robert Obermaier, Regensburg

Konsensgesellschaft – Die Deutschland AG ist am Ende; nur die Politik will es nicht wahrhaben. Heft 48/1999

Ausgewogenheit zum Wohl des einzelnen

Sie schreiben: „Die Globalisierung diktiert den Unternehmen, wem allein sie verantwortlich sind – ihren Aktionären.“ „Schlägt eine Regierung einen wirtschaftspolitischen Kurs ein, der zu Lasten der Wirtschaft geht, ziehen in-

ternationale Anleger ihr Kapital ab.“ Hiermit stellen Sie die Forderung auf, daß die Politik sich die Argumente der Wirtschaft, das heißt Gewinnmaximierung, zu eigen machen sollte. Dies wäre jedoch nicht korrekt. Die Politik darf die finanziellen Ziele der Wirtschaft zwar dulden, sie aber nicht fördern. Sie hat ein anderes Interesse zu verfolgen, nämlich eine Ausgewogenheit zum Wohl des einzelnen und der Gemeinschaft. So steht in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen.“

Bernhard Dobers, Freudenberg (Nordrhein-Westfalen)

Sonderdruck für alle Abgeordneten

Vielen Dank für die beste Analyse, die ich zu diesem Thema in diesen Tagen gelesen habe. Ich wünschte mir, der Artikel „Auf verlorenem Posten“ würde als Sonderdruck allen Bundes- und Landtagsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Vielleicht würden einige von ihnen den Artikel lesen und sogar beherzigen.

Gerhard Römer, Ratingen (Nordrhein-Westfalen)

Interview – PDS-Fraktionschef Gregor Gysi über linke Politik und die Zählung der Wirtschaft. Heft 48/1999

Falsche Behauptung

Die Propaganda des Gregor Gysi sollte nicht unwidersprochen bleiben. Er behauptet: „Alle Industriestaaten haben eine Vermögensteuer – mit Ausnahme Deutschlands und der Niederlande. Und letztere sind gerade dabei, sie einzuführen.“ Das Gegenteil ist richtig. Holland wird die Vermögensteuer 2001 abschaffen, um die Kapitalflucht einzudämmen und Kapital zurückzuholen. Allein in der Europäischen Union haben folgende Länder keine Vermögensteuer: Belgien, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien und Österreich.

Bernd Kehlmann, Liederbach/Taunus (Hessen)

Siehe auch Leser-Forum in Wirtschaftswoche heute - www.wiwo.de

LOBBYISTEN
Hauptstadt
Brüssel

WirtschaftsWoche
www.wiwo.de

Wirtschafts Woche

51

16.12.99
5,50 DM

Das Comeback der City

